

Sehr geehrter Herr Albrecht Müller,

die Diskussion bzgl. der Abschaffung ist mehr als 20 Jahre alt und wurde insbesondere von den Kreditkartengesellschaften und der Debitkartennutzung (ec-Karte - Nutzung der ec-Karte nicht mehr als Berechtigungsnachweis bei den damaligen Euroschecks , sondern als Debitkartenzahlung) forciert.

Im Gegensatz zu anderen Ländern wie den USA oder den skandinavischen Ländern gab und gibt es in Deutschland Lastschriftverfahren mit Daueraufträgen sowie Kleinkrediten durch die Banken. Von daher war auch die Nutzung der Kreditkarten nur rudimentär bis Ende der 80er Jahre bei uns vorhanden. Der Diners* Club und American Express hatten noch sehr hohe Anteile , die sie durch die Aktivitäten für VISA von der Santander Bank und MasterCard verloren. Der Kreditkartenanteil liegt aber bei den Transaktionen bei ca 5%. Der "Durchbruch" für die "Plastikgeldnutzung" kam durch die Akzeptanz der ec-Karte für das electronic cash Verfahren bei den Lebensmittel-Discountern wie Aldi, Lidl, Rewe und Edeka u.a.. Kontinuierlich stieg der Anteil von electronic cash (ec-Karte mit PIN bzw. Unterschrift) bis auf letztes Jahr (2015), als ein Minus von 0,3% bei den Transaktionen und 2,6% beim Umsatz zu verzeichnen war.

Damit diese Entwicklung gestoppt wird, wird dieses alte Diskussion erneut aufgewärmt.

Ein weiterer Grund warum dieses "alte Tier erneut durchs Dorf getrieben wird" ist, dass mit dem Mobile Payment - also dem Bezahlen mit dem Smartphone - neue Akteure in den Bankenmarkt (Zahlungsverkehr) eindringen wie Apple oder Google Pay, das chinesische Alipay und andere Zahlungsverfahren wie das Unternehmen PayPal. Damit sollten die Kleingeldtransaktionen elektronisch abgewickelt werden können - aber alle Angebote von Visa oder MasterCard oder den neuen haben sich noch nicht durchgesetzt.

Nicht zuletzt ist das bereits fast beerdigte "elektronische Geld" Bitcoin, nach den vielfältigen Manipulations- und Betrugsskandalen erneut am Markt.

Diese aktuellen Marktbewegungen durch neue finanzkräftige Akteure sind sicherlich Hintergründe für die "seltsame" Aktion der Bundesregierung, wobei sie nur Ausdruck der wirtschaftlichen Konzeptionslosigkeit des angeblichen "Wirtschaftsminister" und des Juristen (Finanzminister) sind, denn illegale Geschäfte lassen sich dadurch nicht eindämmen, wie die Länder zeigen, die bereits Höchstgrenzen bei Bargeldzahlungen oder einen weit aus höheren "Plastikgeldanteil" bei den Finanztransaktionen (Skandinavische Länder).haben. Denn dort gibt es auch weiterhin Menschenhandel/Prostitution, illegalen Waffen- und Drogenhandel etc..

Deshalb ist diese Aktion ausschließlich Aktionismus - vielleicht wieder einmal im Interesse der maroden Kreditwirtschaft?